

Weniger Steuern – Leistung lohnt sich wieder

Mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 hat die Bundesregierung — so Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg — das wichtigste steuerpolitische Vorhaben dieser Legislaturperiode realisiert. Die Belastung mit Lohn- und Einkommensteuer wird insgesamt um 19,4 Milliarden DM reduziert. Während der Schwerpunkt der Steuersenkung 1986 bei den Berufstätigen mit Kindern liegt, wird 1988 der neue Tarif voll wirksam. Die Steuersätze werden über den gesamten Progressionsbereich abgesenkt, und — zugleich auch infolge der Eindämmung des Preisauftriebs — der Mehrverdienst in der Progressionszone wird nachhaltig geringer belastet als bisher.

Die jetzt für 1986 und 1988 beschlossenen Maßnahmen sind als Zwischenschritt zu werten. Wegen der vorrangigen Aufgabe der Gesundung der Staatsfinanzen konnten wir vom Volumen her zunächst nicht weiter gehen.

Die Weichen in Richtung auf ein leistungsgerechtes, wachstumsförderndes und familienfreundliches Steuerrecht sind damit aber eindeutig gestellt, und wir können einen größeren Reformschritt — bei einer weiteren Gesundung der Finanzen — in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen.

In den Grundelementen zeichnet sich heute bereits Übereinstimmung in der Regierungskoalition ab, mit einer breiten Unterstützung in der sachverständigen Öffentlichkeit.

Geschafft: Preissteigerungsrate unter Null

Das gab es seit 26 Jahren nicht mehr: Die Preise für die gesamte Lebenshaltung sanken im Vergleich zum April letzten Jahres um 0,1 Prozent. Zum ersten Mal seit 1959 werden Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht mehr von der Inflation angegriffen. Hierfür gibt es zwei Gründe: Die Stabilitätspolitik unserer Bundesregierung und das billige Öl.

HEUTE LESEN SIE:

- **KONJUNKTUR**
Frühjahrsgutachten: Aufschwung gewinnt an Kraft. Seite 3
- **WIRTSCHAFT**
Die Erfolge unserer Politik: Es geht weiter aufwärts. Seite 5
- **NIEDERSACHSEN**
Mit Albrecht weiter voran — Mit Schröder in die Krise. Seite 7
- **CELLE**
Kein geltendes Recht verletzt / Erklärung des niedersächsischen Innenministers. Seite 10
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl / Neue Broschüre Seite 16
- **GESAMTANGEBOT**
rosa Teil
- **DOKUMENTATION**
Aufgaben und Ziele einer neuen Finanzpolitik grüner Teil

Beschäftigungsförderungsgesetz zeigt positive Wirkung

„Ein Teil der rund 200 000 Neueinstellungen des Jahres 1985 ist auf das Beschäftigungsförderungsgesetz zurückzuführen“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, in Bonn. Die Tatsache, daß es entgegen der Erfahrung in früheren Aufschwungphasen diesmal nicht zu einem gravierenden Anstieg der Überstunden und Sonderschichten sondern zu Neueinstellungen gekommen sei, zeige, daß das Gesetz seine Erwartung erfüllt habe. „Wir wollen eine Brücke bauen von der Arbeitslosigkeit in Arbeit, das ist gelungen.“ Viele Unternehmen hätten die Möglichkeit des befristeten Arbeitsvertrages genutzt statt in Überstunden auszuweichen. Da sich der Aufschwung nach Meinung aller Sachverständigen fortsetze, sei damit zu rechnen, daß die befristeten Arbeitsverträge — wie gleichfalls vom Gesetzgeber gewollt — in unbefristete überführt würden.

Weniger Konkurse

Die Zahl der eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren sowie der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge gegen Unternehmen war im Februar mit 1 101 Fällen um 6,2% niedriger als im Vorjahresmonat.

Die vordringlichste Aufgabe ist die Einführung eines sanft ansteigenden linear-progressiven Tarifs, um die unerträgliche hohe Grenzbelastung zu senken. Wir wollen ferner den Grundfreibetrag und die Kinderfreibeträge weiter erhöhen und die Unternehmenssteuern ermäßigen.“
 (siehe auch Dokumentation – grüner Teil – in dieser Ausgabe)



5000 neue Arbeitsplätze bei VW

Die Volkswagen AG wird in diesem Jahr bis zu den Werksferien Anfang Juli in den sechs inländischen Werken voraussichtlich 5 000 neue Mitarbeiter einstellen. Dies berichtete Walter Hiller, der am Tag zuvor zum Vorsitzenden des VW-Gesamtbetriebsrats gewählt wurde. In der zweiten Jahreshälfte rechnet Hiller mit weiteren 1 700 Neueinstellungen.

Im ersten Quartal dieses Jahres fanden bei Volkswagen knapp 2 800 Mitarbeiter als Leistungslöhner in der Produktion einen neuen Arbeitsplatz. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 3 343 Arbeitnehmer eingestellt. Die größte Zahl von Einstellungen gab es mit 1 796 in Wolfsburg. Die Einstellungen für die übrigen Werke: Hannover 368, Braunschweig 122, Kassel 412, Emden 213 und Salzgitter 432.

Frühjahrsgutachten: Der Aufschwung gewinnt an Kraft

Die Sensation des Monats: Die Preise waren im April 1986 rückläufig. Das hat es seit 27 Jahren nicht mehr gegeben. Die Bundesrepublik Deutschland steht mit dieser Preisstabilität in der Weltrangliste auf Platz eins.

Zur Erinnerung: Als wir im Jahre 1982 die Regierung von der SPD übernahmen, lag die Preissteigerungsrate bei 5,3 Prozent. Die Regierung Kohl hat in der unglaublich kurzen Zeit von knapp dreieinhalb Jahren absolute Preisstabilität erreicht. Das ist eine soziale Errungenschaft allerersten Ranges und einmalig im weltweiten Vergleich. Helmut Kohl kann dem in Kürze in Tokio beginnenden Weltwirtschaftsgipfel ein vorbildliches Ergebnis präsentieren: Wir sind Spitze!

Zur weiteren Konjunkturentwicklung erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in Bonn:

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung wird durch das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute eindrucksvoll bestätigt. Die Institute begründen ihre optimistische Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufes im Jahre 1986 mit der Senkung der Ölpreise, einem kräftigen Anstieg der Verbrauchernachfrage, stabilen Preisen und günstigen Zinssätzen sowie guten Investitionsbedingungen verbunden mit einer Zunahme der Bauinvestitionen.

Die Experten rechnen für 1986 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 3,5 %. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird nach ihrer Prognose im Laufe des Jahres um 300 000 zunehmen. Die Ausrü-

stungsinvestitionen werden um 8 % und der private Verbrauch um 4,5 % ansteigen. Im Außenhandel rechnen sie mit einer Steigerung gegenüber 1985 um etwa 30 Mrd. DM auf rund 100 Mrd. DM. Der Leistungsbilanzüberschuß soll bei etwa 60 Mrd. DM und somit rund 20 Mrd. DM über dem Überschuß von 1985 liegen. Bei den Verbraucherpreisen wird mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von etwa 0,5 Prozent gerechnet.

Was die SPD an Alternativen zur erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl zu bieten hat, wird in den „Stuttgarter Nachrichten“ treffend beschrieben: „Die Sozialdemokraten stolpern ohne Tritt ihrem wirtschaftspolitischen Kongress in Hamburg (9./10. Mai) entgegen. Es geht drunter und drüber.“

Schlagzeilen der Presse

Der Konjunkturmotor läuft unter Idealbedingungen. Kräftiger als in d. J. kann man sich einen Aufschwung in Stabilität schwerlich vorstellen.

(Westfälische Rundschau)

Die Forscher zeichneten ein Bild der Zukunft, das so freundlich ist wie schon lange nicht mehr.

(Neue Osnabrücker Zeitung)

Die rosigste aller Welten. (Welt)
Strahlend blauer Konjunkturhimmel.

(Handelsblatt)

Sie haben damit den breiten Chor der optimistischen Propheten verstärkt. Es ist Jahrzehnte her, daß die Daten des wirtschaftspolitischen magischen Vierecks insgesamt günstiger gewesen sind.

(Rheinische Post)

DGB – „Neue Heimat“: Filz und nochmals Filz!

Fast täglich gibt es neue Schreckensmeldungen über den finanziellen Zustand und die merkwürdigen Geschäftspraktiken des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns „Neue Heimat“. Die Beschäftigten des angeschlagenen DGB-Riesen müssen jetzt befürchten, daß es zu Massenentlassungen kommt. Teilnehmer einer Betriebsrätekonferenz in Hamburg berichten, NH-Chef Diether Hoffmann habe sich „nicht in der Lage gesehen, uns zu sagen, wohin die Reise gehen soll“.

Dies forderte den massiven Protest von rund 300 NH-Betriebsräten und Mitarbeitern heraus, die am 24. April 1986 vor der Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf fast zwei Stunden lang demonstrierten. Ein einma-

liger und ungeheuerlicher Vorgang: Angehörige eines gewerkschaftseigenen Unternehmens demonstrierten mit schwarzen Fahnen gegen die Unternehmenspolitik des DGB-Betriebes! Die NH-Mitarbeiter haben die sicherlich begründete Angst, daß die Sanierung der maroden, angeschlagenen DGB-Tochter „Neue Heimat“ zu ihren Lasten betrieben werden soll. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der „Neuen Heimat“ rief deshalb die Verantwortlichen im Deutschen Gewerkschaftsbund und in den Einzelgewerkschaften auf, im Hinblick auf die eigenen Arbeitnehmer „die selben Rechte zu achten, die der DGB von anderen Unternehmen fordert“. Die Kollegen haben dabei die arbeitnehmerfeindlichen, manchester-kapitalistischen Machenschaften der Genossen um die Schließungen von SPD-Betrieben vor Augen!

Die „grünen Saubermännchen“

Als die angeblichen und selbsternannten „Saubermänner“ in der deutschen Politik sind die „Grünen“ in den Deutschen Bundestag eingezogen. Tatsächlich sind die Mitglieder der Fraktion „Die Grünen“ Weltmeister bei der Aufhebung der parlamentarischen Immunität. Durch den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster aus Mainz die folgenden Zahlen zusammenstellen lassen.

Die Aufhebung der Immunität erfolgt im Vergleich der Wahlperioden unterschiedlich oft. So gab es in der 9. Legislaturperiode (1980 bis 1983) fünf Fälle. In der noch laufenden 10. Wahlperiode (1983 bis Ende März d. J.) waren es 48 Fälle. Diese drastische Zunahme der Immunitätsaufhebung hat einwandfrei mit dem Auftauchen der „grünen“ Saubermänner und -frauen zu tun. Bei der stärksten

Fraktion, der CDU/CSU, gab es bei 253 Mitgliedern zwei Aufhebungen = 0,79 Prozent.

Bei den 202 Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion waren es acht = 3,96 Prozent. Von den 35 FDP-Abgeordneten waren drei = 8,57 Prozent betroffen. Von den drei fraktionslosen Parlamentariern wurde die Immunität von zwei MdB — 66,67 Prozent — aufgehoben. Die Bundestagsfraktion „Die Grünen“ hat 27 Mitglieder. Aber in 33 Fällen wurde die Immunität von „Grünen“ aufgehoben; das sind immerhin 122,22 Prozent der Mitglieder. Die Rotation frißt eben ihre Mitglieder.

Für alle gilt: Schuldlos ist, wer nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Das gilt auch für die „Grünen“. Aber nachdenklich sollte diese hohe Zahl der Immunitätsaufhebungen schon stimmen!

Erfolge unserer Regierungspolitik: Es geht weiter aufwärts

Bei der Bundestagswahl 1983 setzten die Wähler auf Helmut Kohl und seine Mannschaft. Aus Hoffnungslosigkeit wurde wieder Hoffnung. Man schöpfte wieder Mut. Man hatte wieder eine handlungsfähige Regierung, die den „Aufschwung“ nicht nur versprach, sondern ihn tatsächlich herbeiführte. In nur dreieinhalb Jahren hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung so viele politische Erfolge erzielen können, daß Deutschlands Sozialisten vor Neid erblassen mußten. Diese Regierung ist Spitze, stellt MdB Agnes Hürland fest.

Und das hat sie in so kurzer Zeit alles geschafft:

- seit 26 Jahren die niedrigsten Preissteigerungsraten, zuletzt noch 0,1 Prozent — wie zu Ludwig Erhards Zeiten (dagegen 1981: 6,3 Prozent; 1982: 5,3 Prozent);
- seit sieben Jahren den stärksten Netto-lohnzuwachs je Arbeitnehmer (1986 = etwa 3,0 bis 3,5 Prozent, 1982: —2,2 Prozent);
- seit acht Jahren die stärkste reale Rentensteigerung (1986 = + 1,0 bis 1,5 Prozent, 1981: —2,0 Prozent, 1982: + 0,1 Prozent);
- seit 17 Jahren die stärkste Zunahme der Zahl der Beschäftigten (1986 werden es voraussichtlich 350 000 bis 400 000 sein); — die SPD dagegen schrieb rote Zahlen = 1981: —186 000; 1982: —441 000;
- seit sechs Jahren den stärksten Rück-gang der Arbeitslosenzahl im Februar ge-genüber dem Vorjahr (1986 = —6,5 Pro-zent, dagegen war unter der SPD ein stän-diger Anstieg zu verzeichnen, so 1981: +43,1 Prozent, 1982: +44,7 Prozent);

- seit sechs Jahren die stärkste Zunahme an offenen Stellen (1985 = +38,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum; und unter der SPD war hier allein 1982 ein Rückgang von 49,6 Prozent zu verzeichnen);
- seit fünf Jahren die geringste Zahl an Kurzarbeitern (Jahresdurchschnitt 1985 = 234 000 oder 38,9 Prozent weniger als im Vorjahr, im 1. Quartal 1986 waren es 34,2 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahreszeitraum); unter der SPD — 1981: +153,3 Prozent; 1982: +74,6 Prozent.
- die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen sinkt unter der unionsgeführten Bundes-regierung — 1984: —13,6 Prozent; 1985: —3,6 Prozent und im 1. Quartal 1986: —2,7 Prozent. Unter der SPD sah das so aus: +53,4 Prozent im Jahre 1981 und +47,8 Prozent 1982;
- seit sieben Jahren das höchste Wirt-schaftswachstum (1986 = voraussichtlich +3,5 bis 4,0 Prozent, 1982: —1,0 Pro-zent);
- seit sieben Jahren die niedrigsten Kapi-talmarktzinsen (März 1986 = Bundesan-leihen 6,0 Prozent, Herbst 1981 mehr als 11,0 Prozent; 1982: 9,0 Prozent);
- seit neun Jahren den stärksten Anstieg der Nachfrage der privaten Haushalte (pri-vater Verbrauch 1986 = +4,0 Prozent, 1982: —1,3 Prozent);
- den stärksten realen Anstieg der Brutto-ausrüstungsinvestitionen in der Gesamt-wirtschaft (1986 = 10,0 bis 10,5 Prozent, 1982: —6,7 Prozent);
- seit elf Jahren die niedrigste Staatsquote (1985 = 47,7 Prozent, 1982 = 49,8 Pro-zent);

● seit Kriegsende den höchsten Handelsbilanzüberschuß (1985: + 73,0 Mrd. DM; 1981: 27,7 Mrd. DM; 1982: 51,3 Mrd. DM) und Leistungsbilanzüberschuß (1985: + 39,0 Mrd. DM; 1981: - 12,4 Mrd. DM, 1982: + 8,2 Mrd. DM).

Jeder merkt es: Es geht also wieder aufwärts. Dank einer guten und soliden Politik.

Aber nicht nur auf den wirtschafts- und finanzpolitischen Feldern geht es aufwärts. Auch in der Familien- und Sozialpolitik kann die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl beispiellose Erfolge vorzeigen. Die Zeiten des Abkassierens à la SPD beim Bürger sind vorbei. Statt dessen bleibt das Geld wieder dort, wo es hingehört: in den Lohntüten und Taschen der Menschen in unserem Land. Denn:

- Wir haben das **Erziehungsgeld** durchgesetzt. Seit dem 1. Januar d. J. zahlen insbesondere die Familien mit Kindern **weniger Steuern**. Im Rentenrecht haben wir die **Kindererziehungszeiten** durchgesetzt. Das **Wohngeld** wurde um bis zu 30 Prozent angehoben. Die **Sozialhilfe** wurde um ca. acht Prozent angehoben. Die **Wartezeit für Altersruhegeld** wurde von 15 auf fünf Jahre heruntergesetzt. Die **Rentenfinanzen** — die vor dem Ruin standen — sind bis zum Jahr 2000 **gesichert** worden. Die **Vermögensbildung** in Arbeitnehmerhand wurde deutlich von 624 auf 936 DM **aufgestockt**.

Das sind nur einige Beispiele auf der langen Liste unserer „guten Taten“. Man spürt überall, daß es aufwärts geht, daß es den Menschen in Deutschland deutlich besser geht als vor dreieinhalb Jahren, als die Sozialdemokraten unser Staatswesen in fast allen Politikbereichen nahezu bis auf die Grundmauern **demoliert** und **ruiniert** hatten.

Die Union muß jetzt, vor den Landtagswahlen in Niedersachsen, in Bayern und Hamburg sowie heute, neun Monate vor

der Bundestagswahl, alles daran setzen, daß Deutschland nicht wieder in die Hände der sozialdemokratischen Polit-Versager fällt. Wir machen nun einmal die bessere Politik. Die SPD hat dazu überhaupt keine Alternativen. Kandidat Rau und seine Genossen spielen in unserer Republik die alternativlosen Meckermänner. Sie stehen abseits. Sie sind politik- und handlungsunfähig. Dies müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder deutlich unterstreichen.

Für kinderreiche Familien wird Bahnfahren billiger

Ab 1. Mai 1986 werden kinderreiche Familien, das sind Familien mit mindestens drei Kindern, mit dem von der Bundesbahn auf Antrag unentgeltlich ausgegebenen Familienpaß erhebliche Fahrpreisermäßigungen in Anspruch nehmen können.

Diese Fahrpreisermäßigungen gelten sowohl auf den Schienenstrecken als auch auf den Busdiensten der Deutschen Bundesbahn. Der entsprechende Tarifantrag ist vom Bundesverkehrsministerium jetzt genehmigt worden. Danach werden künftig Kinder aus kinderreichen Familien im Alter von vier bis elf Jahren nur noch 25 Prozent des Regelfahrpreises — bisher waren es 50 Prozent — zu zahlen haben. Eine Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent gibt es künftig aber auch für die Eltern, wenn beide gemeinsam oder ein Elternteil und mindestens ein Kind gemeinsam reisen.

Wehr- und Ersatzdienstleistende werden bei der Zählung der Kinder berücksichtigt. Dieser neue Familienpaß ist eine sozialpolitisch gute Sache. Es ist zu wünschen, daß kinderreiche Familien von diesem günstigen Angebot reichlich Gebrauch machen werden.

Mit Albrecht weiter voran – Mit Schröder in die Krise

Die Landtagswahl in Niedersachsen stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Pressekonferenz von Generalsekretär Heiner Geißler und dem CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann am Montag, 28. April 1986, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Heiner Geißler erklärte, die Wahl am 15. Juni 1986 sei keine „Stimmungswahl“, sondern auch eine landes- und bundespolitische „Kurswahl“.

Die niedersächsischen Wähler entscheiden am 15. Juni, ob

- Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt und seine erfolgreiche Politik in Niedersachsen fortsetzen kann oder ob der Öko-Sozialist Schröder die positive Aufwärtsentwicklung in Niedersachsen stoppt und das Land in eine Krise führt;
- die Bundesregierung ihre erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen kann oder ob sie durch einen rot-grün gesteuerten Bundesrat blockiert werden soll.

Die niedersächsische CDU und die Bundes-CDU werden gemeinsam und entschlossen den Wahlkampf führen, damit Ernst Albrecht und die CDU auch in den nächsten vier Jahren die politischen Geschicke Niedersachsens bestimmen können.

1. Als Ernst Albrecht 1976 in Niedersachsen die Regierungsverantwortung übernahm, war Niedersachsen wirtschaftlich eines der Schlußlichter unter den Bundesländern. Heute hat Niedersachsen weit überdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsraten, einen überdurchschnittlich hohen Rückgang der Arbeitslosigkeit und kann auf eine bemerkenswert positive sozialpolitische Leistungsbilanz ver-

weisen. Niedersachsen ist ein Aufsteigerland.

Die Erfolge und Leistungen niedersächsischer Politik sind insbesondere auch das Verdienst von Ernst Albrecht, der zu den erfolgreichsten Ministerpräsidenten im Nachkriegsdeutschland gehört. Albrecht steht für Solidität, Augenmaß und Menschlichkeit in der Politik. Gerhard Schröder und die SPD sind keine Alternative dazu.

2. Schröder will sich von den GRÜNEN zum Ministerpräsidenten wählen lassen. Die Folge wäre eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat, die die Politik der Bundesregierung lähmen und blockieren könnte. Der Bundesrat würde zu einer Neinsage-Maschine werden, wodurch das klare Wählervotum von 1983 für eine Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs, der soliden Staatsfinanzen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Stabilisierung der Systeme der sozialen Sicherheit verfälscht werden könnte. Politiker wie Schröder, Lafontaine, Leinen und Fischer dürfen keinen bestimmenden Einfluß auf die Bundespolitik erhalten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hätten neutralistische und anti-amerikanische Tendenzen in einem Verfassungsorgan die Mehrheit.

Warnung vor rot-grünem Bündnis

Keiner kann ausschließen, daß ein Bündnis von SPD und GRÜNEN eine Mehrheit im Bundesrat missbraucht, um die Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem modernen, leistungs- und wettbewerbsfähigen Industriestaat zu verzögern und zu behindern.

Eine rot-grüne Mehrheit im Bundesrat könnte

- die notwendigen Gesetze für die innere Sicherheit blockieren. SPD und GRÜNE wollen, daß in Niedersachsen Neonazis und Kommunisten Lehrer und Beamte werden können;
- die weitere Senkung der überhöhten Staats- und Abgabenquote und den Kurs der Konsolidierung der Staatsfinanzen blockieren mit der Folge: höhere Zinsen, steigende Preise;
- die geplanten Steuersenkungen gefährden und damit privaten Konsum und Investitionen, die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze sind, bremsen;
- den Ausbau der Grundlagenforschung, die Förderung neuer Technologien, den Ausbau der neuen Medien gefährden und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Export, von dem fast jeder dritte Arbeitsplatz abhängt, entscheidend schwächen.

3. Ernst Albrechts Politik in Niedersachsen ist erfolgreich und berechenbar. Sie wird von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Der ehemalige Juso-Vorsitzende Schröder hingegen ist ein politisches Sicherheitsrisiko und ein politischer Erdlöwe (Chamäleon), dessen politischer Kurs unberechenbar ist.

Noch 1979 hat Schröder es für richtig gehalten, „...daß man unser Wirtschaftssystem insgesamt beseitigen muß...“ und bekannt: „Ich betrachte mich als Marxisten“ (Münchner Merkur, 3. September 1979). Und jetzt bekennt er sich zu unserem Wirtschaftssystem. Im Januar 1985 meinte Schröder: „Ich biete den GRÜNEN eine verantwortete Zusammenarbeit an“ (Salzgitter-Zeitung, 8. Januar 1985). Im März 1986: „Wir haben... feststellen müssen..., daß eine Zusammenarbeit, eine Koalition, nicht möglich ist“ (Deutschlandfunk, 25. März 1986). Und im April 1986 meinte er: „Ich wäre ja verrückt, wenn ich sagen würde,

de, nur weil ein paar Grüne mich wählen könnten, kandidiere ich nicht. Da müssen sich die grünen Abgeordneten halt entscheiden, ob sie, ohne daß über eine Koalition geredet wird, Herrn Albrecht wollen oder nicht“ (Hannoversche Neue Presse, 7. April 1986)

Der politische Zickzackkurs von Schröder macht ihn zum politischen Wackelpeter Nr. 1 in Niedersachsen. Die SPD in Niedersachsen hat keine Alternative zur Politik von Ernst Albrecht. Mit Schröder als Ministerpräsident wäre der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes nach dem Vorbild der sozialdemokratisch regierten Länder in Hamburg und Bremen programmiert.

Die niedersächsischen SPD-Wähler müssen wissen, daß jede Stimme für Schröder eine Stimme für ein rot-grünes Bündnis ist. Und die CDU-Wähler in Niedersachsen müssen wissen, daß Ernst Albrecht jede Stimme braucht und daß jede Wahlenthaltung eine Stimme für eine rot-grüne Mehrheit in Niedersachsen und im Bundesrat wäre.

4. Die Bundesführung der SPD hat das Land Niedersachsen als Experimentierfeld rot-grüner Politik freigegeben, indem sie eine rot-grüne Koalition befürwortet. Glotz begründet dies u.a. damit, daß man in den Ländern ja nur über „alternative Bergbauern-Programme“ beschließe; und auf die Frage, wie Rau zu Schröders Aussage stehe, er wolle sich von den GRÜNEN zum Ministerpräsidenten wählen lassen, sagte er kürzlich:

„Also, das kann ich verstehen, daß Gerhard Schröder das gesagt hat, denn in einer Kommunalwahl oder Landtagswahl sieht das ganz anders aus... Bei der Bundestagswahl geht es ja nicht um eine beliebige Wahl..., sondern um nationales Interesse. Die Bundesrepublik ist zu wichtig, als daß sie sich eine Regierung leisten könnte, die nicht stabil ist.“ (Rau am 11. April 1986)

in der ZDF-Sendung „Journalisten fragen — Politiker antworten“.)

Dies bedeutet im Klartext: Was für den Bund und Nordrhein-Westfalen falsch und gefährlich ist, soll den Niedersachsen zugemutet werden. Dabei ist klar: Die Folgen einer rot-grünen, instabilen Regierung wären mehr Arbeitslose und weniger Wohlstand. Rau hatte daher auch ein rot-grünes Bündnis in Nordrhein-Westfalen entschieden abgelehnt.

Die Bürger von Niedersachsen wissen nun, wie die SPD die Interessen und die Bedeutung ihres Landes einschätzt: Niedersachsen soll nach Hessen das zweite Versuchskaninchen für gefährliche politische Experimente werden. Die CDU ist davon überzeugt, daß die Wähler in Niedersachsen dies ablehnen und Ernst Albrecht die Fortsetzung seiner soliden und erfolgreichen Politik ermöglichen werden.

5. So wie Schröder in Niedersachsen nur mit den GRÜNEN regieren könnte, könnte auch Rau in Bonn nur mit Hilfe der GRÜNEN an die Regierung kommen. Wenn man Herrn Rau glauben darf, daß er sich nicht von den GRÜNEN zum Bundeskanzler wählen lassen will, dann ist jetzt schon klar, daß er dieses Amt nie

erlangen wird; denn die absolute Mehrheit kann die SPD im Bund nicht erreichen.

Rau meint, weil er in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit der SPD erreicht habe, werde er sie auch auf Bundesebene schaffen; dieses Argument ist genauso abwegig, wie wenn der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Mannheim behaupten würde, er könnte bei der baden-württembergischen Landtagswahl die absolute Mehrheit gewinnen, weil er sie ja auch in Mannheim erreicht habe.

Immer dann, wenn die SPD nur mit Hilfe der GRÜNEN an die Macht kommen kann, wird sie diese Chance nutzen: Dohnanyi hat es vorgehabt, Börner hat es vorgemacht, Schröder hat es angekündigt, und Rau würde es geschehen lassen — falls der unwahrscheinliche Fall einer rot-grünen Mehrheit eintreten würde. Wenn Rau sich wirklich nicht von den GRÜNEN zum Kanzler wählen lassen will — warum sollte man Rau mehr glauben als Börner? — dann stehen bereits Willy Brandt oder Oskar Lafontaine als Reservekandidaten von grünen Gnaden zur Verfügung.

Bundes- und Landes-CDU kämpfen gemeinsam

6. Angesichts der bundespolitischen Bedeutung der niedersächsischen Landtagswahl wird die CDU Deutschlands den Landtagswahlkampf der CDU in Niedersachsen tatkräftig unterstützen:

● Unter dem Motto „Vertrauen in die Zukunft — wir sind auf einem guten Weg in Deutschland“ verdeutlicht die CDU-Bundesgeschäftsstelle in einer Vielzahl von Informations- und Verteilmaterialien die Erfolge und Leistungen der Bundesregierung.

● An den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes wird in enger Absprache zwischen dem niedersächsischen CDU-Landesverband und der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine aktuelle Zeitung erstellt, die jeweils in 2,4 Millionen Exemplaren von den CDU-Mitgliedern an die Haushalte verteilt wird.

● Auf über 700 Veranstaltungen werden 49 prominente Bundesredner der Union auftreten. Bundeskanzler Helmut Kohl wird auf acht Großveranstaltungen in Niedersachsen sprechen.

Kein geltendes Recht verletzt

In der Sondersitzung des Innenausschusses haben die Vertreter der Bundesregierung sowie der niedersächsische Innenminister über das Ziel und den Ablauf der Aktion des niedersächsischen Verfassungsschutzes zur Einschleusung eines V-Mannes in die inländische Terrorismus-Szene berichtet. Soweit die seinerzeit handelnden Personen der SPD-geführten Bundesregierung in den drei Tagen seit Bekanntwerden der Aktion befragt werden konnten, steht fest:

Der Plan, einen V-Mann durch den Anschlag auf das Celler Gefängnis in den Kernbereich terroristischer Kreise einzuschleusen, und dessen Durchführung waren der damaligen Bundesregierung zumindest in der Person von Bundesinnenminister Prof. Maihofer sowie seinem beamteten Staatssekretär, dem Bundeskriminalamt durch den Abteilungsleiter Terrorismusbekämpfung sowie der hessischen Landesregierung durch ihren Ministerpräsidenten Börner bekannt. Der Bundesinnenminister unterstützte die Aktion durch technische Hilfeleistung mit Beamten der GSG 9, der hessische Ministerpräsident durch Begnadigung des V-Mannes.

Es wurde überzeugend dargelegt, daß durch die sorgfältig geplante und abgestimmte Operation kein geltendes Recht verletzt wurde. Insbesondere kam es zu keiner Gefährdung von Leib, Leben oder erheblichen Sachwerten.

Es spricht alles dafür, daß auch der damalige Bundeskanzler Schmidt über den Chef des Bundeskanzleramtes, damals Staatssekretär Schüler, Kenntnis hatte, daß der Bundesinnenminister jeden seiner Schritte zur Terrorismusbekämpfung mit

dem Bundeskanzleramt abzustimmen pflegte.

Der zunächst unterbliebenen Unterrichtung des Generalbundesanwalts — sie erfolgte am 10. 9. 1980 — kam keine Bedeutung zu, weil dieser nur für wenige Tage die Ermittlungen übernommen und dann wegen Geringfügigkeit des Vorgangs an die örtliche Staatsanwaltschaft abgegeben hatte. Im übrigen war das Bundeskriminalamt, die zuständige Ermittlungsbehörde des Generalbundesanwaltes, informiert.

Wir begrüßen es, daß die heutige Bundesregierung nach Bekanntwerden der Aktion die Öffentlichkeit umfassend unterrichtet. **Wir, die Fraktion der CDU/CSU, stellen allerdings fest, daß ein Teil der damals Verantwortlichen nach dem Verlust der Regierung sich jetzt aus der Verantwortung stehlen will, weil sie Kritik bei ihrer rot-grünen Anhängerschaft fürchtet.**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt die Auffassung der jetzigen Bundesregierung, daß die damalige Entscheidung in der Bedrohungssituation des Jahres 1978 richtig war. Hätten bereits Anfang der 70er Jahre V-Leute in die terroristische Szene eingeschleust werden können, wären mit großer Wahrscheinlichkeit Bubak, Ponto und Schleyer noch am Leben. Allen, die heute einen Vertrauensverlust für den Rechtsstaat befürchten, halten wir entgegen: Ein Rechtsstaat, der sich vom Terrorismus das Gesetz des Handelns aufzwingen ließe und nur mit weinerlichen Protesten auf schlimmste Terroranschläge reagierte, hat das Vertrauen der Bürger nie besessen oder sofort verloren. Haben die Kritiker einer entschlossenen Terrorismusbekämpfung an ihren Schreibtischen die Bilder von den Hinterbliebenen der Terroropfer des Jahres

Heiner Geißler:

Was in Mogadischu richtig war, kann in Celle nicht falsch sein

Interview der NEUEN PRESSE
Hannover mit dem
CDU-Generalsekretär

Frage: Herr Dr. Geißler, die Sozialdemokraten kritisieren die Aktion, die 1978 in Celle stattfand. Sie sprechen von Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze, fordern eine Sondersitzung des Innenausschusses im Bundestag ...

Geißler: Diese Haltung ist scheinheilig und heuchlerisch. 1978 hieß der Bundeskanzler Helmut Schmidt, SPD. Seine Innenminister waren Werner Maihofer und Gerhart Baum, beide FDP. Ihnen stand die Anti-Terror-Einheit GSG 9, die an der Aktion beteiligt war. Sollte diese etwa ohne Billigung der Bundesregierung gehandelt haben? Und was ist mit Holger Börner, der Einzelheiten kannte? So leicht können sich Sozialdemokraten und andere nicht aus der Verantwortung für eine richtige Sache und für Aktionen davonschleichen, die in einer Zeit äußerster Bedrohung durch den Terrorismus beschlossen wurden und dazu dienten, Menschenleben zu retten und den Terrorismus zu bekämpfen.

Frage: Aber auch Hans-Jürgen Wischniewski erinnert sich nicht ...

1977 und deren berechtigte Erwartung vergessen? Wenn unser Staat der terroristischen Erpressung widerstanden hat und dafür Arbeitgeberpräsident Schleyer ermordet wurde, muß dieser Staat auch mit aller Konsequenz und Entschlossenheit, zu der er als Rechtsstaat fähig ist, gegen die feigen Mörder und terroristischen Erpresser vorgehen.

Geißler: Wischniewski war damals Staatsminister im Kanzleramt. Er kann sich doch nicht als „Held von Mogadischu“ feiern lassen und von der Aktion in Celle nichts wissen wollen. Was in Mogadischu richtig war, kann nicht in Celle falsch sein. In beiden Fällen ging es darum, der Geißel des Terrorismus Herr zu werden.

Frage: Und was war die Rolle des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht?

Geißler: Ernst Albrecht hat gemeinsam mit Politikern der SPD und der FDP überlegt und entschieden. Damals waren die demokratischen Parteien einig, als es darum ging, den demokratischen Rechtsstaat zu verteidigen. Damals standen die meisten Sozialdemokraten auf der Seite derer, die den Terror bekämpften. Heute geben viele sich kniewiech, Hauptsache, es geht gegen die USA oder die CDU/CSU.

Frage: Aber waren die angewandten Mittel denn wirklich angemessen?

Geißler: Wer Mord und terroristische Erpressung verhindern will, muß auch zu einer List greifen dürfen, bei der Menschen nicht gefährdet werden. Alle friedlichen Bürger müssen daran ein Interesse haben. Ich lehne eine Arbeitsteilung ab, die darin besteht, daß die Terroristen modernste Waffen und Plastikbomben benutzen und die Polizei sozusagen nur noch Pfeil und Bogen einsetzen darf. Eine List, mit der es gelingt, den terroristischen Untergrund zu unterwandern und auszuforschen, darf doch heute nicht als Verletzung des Rechtsstaates denunziert werden.

Erklärung des niedersächsischen Innenministers Egbert Möcklinghoff zur Celler Aktion

Im Jahre 1978 hatte die Welle terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland einen Höhepunkt erreicht. Die Verantwortlichen waren gefordert, mit allen zulässigen Mitteln zu versuchen, dieser Gefahren Herr zu werden.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Verfassungsschutz hat gehandelt. Unter Zustimmung der damaligen Bundesregierung hat sie im Juli 1978 den sorgfältig vorbereiteten Versuch unternommen, einen Mann mit den engeren Terroristenkreisen in Verbindung zu bringen, um rechtzeitig Aufschluß über bevorstehende Mordanschläge oder andere Aktionen zu erhalten. Zu diesem Zweck sollte der Eindruck erweckt werden, daß der V-Mann sich an konkreten Ausbruchsversuchen eines Terroristen beteiligte. Diese Beteiligung wurde durch eine Sprengung an der Außenmauer der JVA Celle vorgetäuscht. Oberster Grundsatz bei dieser Aktion war, daß Gefahren für Menschen unter allen Umständen auszuschließen waren.

Entsprechend den Planungen wurde die Sprengung auch so durchgeführt, daß niemand gefährdet wurde. Der Verdacht fiel, wie geplant, auf den V-Mann, es gelang ihm deshalb tatsächlich, Kontakte der erstrebten Art herzustellen.

Der V-Mann, der selbst eine Haftstrafe in der JVA Celle verbüßte, wurde von der zuständigen hessischen Landesregierung begnadigt.

Aufgrund seiner Meldungen konnten mehrere geplante schwere Verbrechen verhindert, mehrere begangene Straftaten (u. a. politisch motivierte Brandanschläge und Raubüberfälle) aufgeklärt, ein weiterer Ausbruchversuch eines anderen einsitzenden Terroristen vereitelt, Geldmittel aus früheren terroristischen Verbrechen und gefährliche Waffen sichergestellt werden.

Die Aktion war erfolgreich.

Die Parlamentarische Kontrollkommission des Niedersächsischen Landtages der letzten Legislatur wurde nachträglich über die Aktion unterrichtet.

Gewerkschafter für Albrecht

Eine Liste mit 249 Unterschriften hat eine Initiative „Gewerkschafter für Albrecht“ am 28. April in Hannover vorgelegt.

Wolfgang Feldmann, der Gründer der Initiative, erklärte vor Journalisten, er wolle verhindern, daß die „gute, solide Arbeitnehmerarbeit“ der niedersächsischen Landesregierung unter Ernst Albrecht falsch dargestellt werde. Das IG-Metall-

Mitglied Feldmann las auf der Pressekonferenz aus einem Brief an seinen Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Mayr vor, in dem er diesem vorwarf, auf dem Jugendkongreß der Gewerkschaft im April in Hannover zur Wahl der SPD bei den bevorstehenden Landtagswahlen aufgerufen zu haben. Diese Äußerung widerspreche den Statuten der IG Metall.

Entschlossen geht die Hamburger CDU in den Wahlkampf

Mit überwältigender Mehrheit setzten die mehr als 200 Delegierten des CDU-Landesverbandes Hamburg Hartmut Perschau auf den ersten Platz auf der CDU-Liste zur Bürgerschaftswahl am 9. November. Der Bürgermeister-Kandidat der Union erhielt 206 von 211 Stimmen. Auf ihn folgt CDU-Fraktionsvize Martin Willich und die Alterspräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Charlotte Fera.

Im Gebäude der Patriotischen Gesellschaft gaben sich Perschau, derzeit Fraktionsvorsitzender der CDU, und Landesvorsitzender MdB Jürgen Echternach ausgesprochen kämpferisch. Jürgen Echternach stellte heraus, daß die Nominierung nicht wie vor einigen Wochen bei der Hamburger SPD zur Selbstzerfleischung, ja fast zur Spaltung der Partei ausgeartet sei. Im Gegenteil, die CDU-Vorschlagsliste war in der Partei auf breite Zustimmung gestoßen. Als ebenso erfreulich stellte Echternach heraus, daß der Frauenanteil auf der Bürgerschaftsliste erheblich größer als in der Vergangenheit ist. Während bisher fünf Frauen für die Partei im Rathaus Sitz und Stimme haben, sind diesmal neun auf aussichtsreichen Plätzen plaziert. Echternach: „Wir brauchen dafür keine Quotenregelung, unsere Frauen haben sich durch hervorragende Arbeit ein Anrecht auf eine Kandidatur erworben!“

Bürgermeisterkandidat Hartmut Perschau übte massive Kritik am SPD-Senat, die CDU sei fest entschlossen, die satte, selbstzufriedene und verfilzte SPD abzulösen! Die Hamburger SPD sei die Partei der Verschuldung, die Partei, die durch

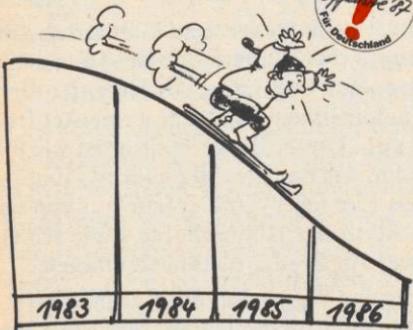
immer neue Steuer- und Gebührenerhöhungen den Bürgern das Geld aus der Tasche zöge. Dann ging der Herausforderer den derzeitigen SPD-Bürgermeister frontal an: „Dieser Bürgermeister ist wie ein Huhn, das nur prächtig gackert, aber niemals Eier legt!“ Und er lebe nur von der Substanz des Hühnerhofes, ohne selbst etwas zur Produktivität beizutragen.

Kritische Worte richtete Hartmut Perschau auch an die Hamburger FDP, die sich nicht zu einer Koalitionsaussage durchringen konnte, sondern sich einerseits für den politischen Wechsel in Hamburg aussprach, gleichzeitig aber auch eine Koalition auch mit der SPD für möglich hielt. Perschau: „Die FDP hat den Koalitionszug mit uns nicht bestiegen, sie wird auch den Zielbahnhof nicht erreichen.“ Wer in Hamburg den Wechsel wolle, der müsse CDU wählen.

Gepropte Volksfront

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des Präsidiums der CDU, Egon Klepsch, hat das Abstimmungsverhalten von Sozialisten, Kommunisten und Grünen zu einer Entschließung über den Libyen-Konflikt im Straßburger Plenum als ein Stück „gepropter Volksfront“ bezeichnet. Mit knapper Mehrheit hatte die Linke des Hauses eine die amerikanische Vergeltungsaktion verurteilende Entschließung durchsetzen können. Klepsch kritisierte diese Entschließung scharf und warf der Linken vor, in einer für den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses gefährlichen Weise Antiamerikanismus zu schüren.

Das kommt allen zugute: Stabile Preise



**Weil es mit den Preisen bergab geht,
können wir mit unserem Geld mehr anfangen**

Erinnern wir uns: 1981 hatte die SPD die Inflation auf 6,3% hochgetrieben. Lohn- und Rentenverhandlungen wurden sofort von der Inflation aufgefressen. Heute sind wir – wie

schon unter dem Wirtschaftswissenschaftlerprofessor Ludwig Erhard – bei rund einem Prozent (?) angekommen. Das ist eine einmalige Leistung auf der Welt. Sie wird vom Ausland bewundernd anerkannt. Ein Gieß im Portemonnaie reicht also aus, um mehr zu kaufen oder für mehr. Man kann wieder verlässlich mit der Zukunft rechnen. Denn auch die Zinsen sinken – Kredite sind wieder billiger.

Jetzt verteilen

Die neuen, interessant gestalteten Flugblätter eignen sich bestens, um die Erfolge der Regierung Helmut Kohl in der Öffentlichkeit noch besser zu verdeutlichen.

Hier sind nochmals die Titel und Bestellnummern:

**Das ist der Aufschwung.
Immer mehr Menschen
haben Arbeit.**

Bestell-Nr.: 1755

Das kommt allen zugute: Stabile Preise

Bestell-Nr.: 1760

Was uns allen zugute kommt: Steuersenkung!

Bestell-Nr.: 1756

Unsere solide Politik garantiert sichere Renten

Bestell-Nr.: 1761

Aus Liebe zur Heimat: Wir schützen die Umwelt

Bestell-Nr.: 1757

Wir schaffen soziale Gerechtigkeit. Für alle!

Bestell-Nr.: 1758

Wir lieben Kinder!

Bestell-Nr.: 1759

Mindestabnahme ist jeweils 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
16,- DM.



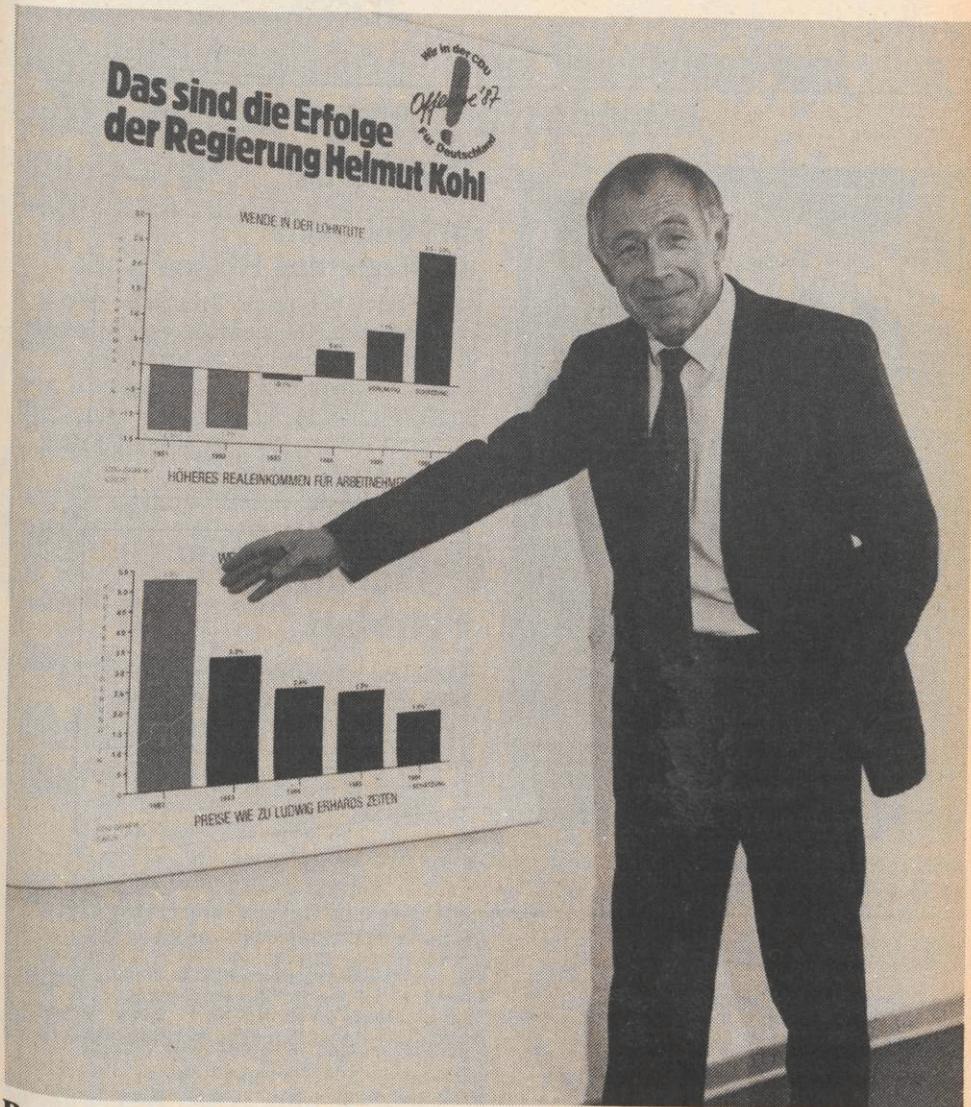
Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold**



Erfolgsposter

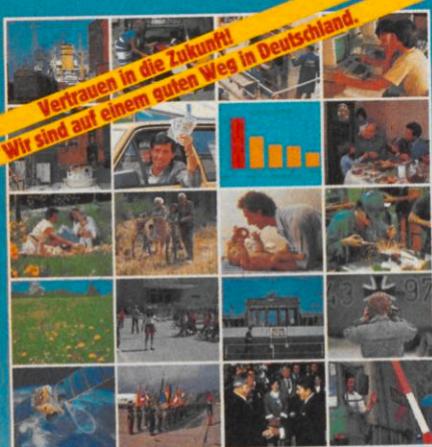
Zur Unterstützung eines jeden Vortragsredners dient dieses „Erfolgsposter“. Eingerollt lässt es sich leicht mitnehmen. An der Wand befestigt, zeigt es unübersehbar die wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl.



Poster: Das sind die Erfolge der Regierung Helmut Kohl

Mindestabnahme: 1 Expl., Preis pro Mindestabnahme: 9,80 DM, Bestell-Nr.: 8737

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

CDU
sicher sozial und frei

Broschüre

20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Diese reich bebilderte Broschüre informiert über die 20 wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl: Von Wirtschaftswachstum bis Erziehungsgeld, von Preisstabilität bis Friedenssicherung; von sicheren Renten bis umweltpolitischen Erfolgen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 5794

Faltblatt

Daneben weiterhin das praktische Faltblatt, die Kurzform der Broschüre:

20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM
Bestell-Nr.: 2793

UId

14/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.